

Christina Oberst-Hundt: Blockade vor der Schlossallee

Beitrag aus Heft »2006/03: Manga, Bollywood und Martial Arts«

Das war diesmal nichts mit der Schlossallee! Dank KEK und Kartellamt war sie nun doch nicht zustande gekommen, die Megafusion aus „BILD, BamS und Glotze“. Im „großen Monopoly“ auf dem „Medienmarkt Deutschland“ mussten die beiden Player, Springer und ProSiebenSat.1, nach langem Tauziehen um die absolute Medienmacht in Deutschland schließlich doch ihr Vorhaben aufgeben. Angesichts der klaren Beweisführung des Bundeskartellamts und der Kommission zur Ermittlung der Konzentration (KEK) gegen die sich abzeichnende marktbeherrschende Meinungsmacht hatten der Großverlag und der von US-Investor Saban sanierte frühere Kirch-Konzern keine Chance, den geplanten Zusammenschluss ohne Aufgabe marktrelevanter Unternehmensteile, etwa den Verkauf des TV-Senders ProSieben, zu realisieren. Auch der Präsident der Bayerischen Landesmedienanstalt (BLM) Prof. Ring konnte sich mit der Forderung, die Fusion wegen des vermuteten Wettbewerbsvorteils im globalisierten Markt zu genehmigen, nicht durchsetzen. Und die von Unions-Standortapologeten aus Bayern und Hessen propagierte Ministererlaubnis durch den CSU-Wirtschaftsminister Glos war den Fusionären schließlich selbst nicht mehr genehm, hätte dies doch die politische Stoßrichtung des gesamten Unternehmens allzu deutlich hervortreten lassen.

Ein Vierteljahrhundert Medientage in der Evangelischen Akademie Tutzing Am Abend des 20. März, gewissermaßen als übergreifender medienpolitischer Einschub zum aktuellen Thema, wurde das Jubiläum begangen, prominent gewürdigt vom ARD-Vorsitzenden, BR-Intendant Gruber, und – als „Gegenpol“ - BLM-Präsident Ring. Die Evangelische Akademie Tutzing, so Gruber, biete alljährlich im Frühjahr „die Chance zum intensiven Dialog, zur kritischen Erörterung und eingehenden Analyse von Entwicklungen auf dem Medienmarkt“. Und der BLM-Präsident lobte das „Gespür für das Brandaktuelle und zugleich Zukunftsträchtige“ und, mit Bezug auf die Fusionsdebatte wünschte er, „die richtige Balance“ zu finden „zwischen einer Begrenzung von Meinungsmacht und der Wettbewerbsfähigkeit und den berechtigten ökonomischen Interessen der Unternehmen.“ Was aber ist die ‚richtige Balance‘? Dazu gab es in Tutzing verschiedene Antworten. „Medienfusion – Gefahr für die Meinungsvielfalt?“ Dieser ursprünglich für die Tagung vorgesehene Titel fand sich wieder im Einführungsreferat Prof. Siegfried Weischenbergs (Universität Hamburg). Er hatte darauf eine klare Antwort und ließ Fakten sprechen. Fünf Konzerne, allen voran Springer mit seiner BILD-Zeitung, dominieren den Print-Markt. In über 60% der Städte und Kreise gibt es nur noch eine Zeitung. Das privat-kommerzielle Fernsehen besteht weitgehend aus dem Duopol RTL-Group und ProSiebenSat.1. Der noch vorhandene Rest an Medienpluralismus wird derzeit durch „diagonale Konzentration zwischen Print- und Funkmedien in bisher nicht gekanntem Ausmaß bedroht.“ Die Übernahme von ProSieben.Sat1 durch Springer „hätte hier die Dämme brechen lassen. Deshalb war das Verbot geboten.“ Inzwischen haben sich neue Medien zu einem zusätzlichen und vor allem finanzstarken Markt entwickelt. Internet-Portale wie Google oder Kabelbetreiber wie Unity-Media, deren Tochter Arena die Pay-TV-Rechte für die Fußball-Bundesliga gekauft hat, treten nun in Konkurrenz zu den ‚alten‘ Playern. Frankreich macht vor, welche Entwicklungen auf dem Medienmarkt noch möglich sind. Dort gibt der Rüstungskonzern Lagardere Zeitschriften wie zum Beispiel ‚Paris Match‘ heraus, betreibt Radiostationen und ist an Pay-TV beteiligt. „Medien und Waffen“, so Weischenberg, das „worst case szenario für die Finanzierung von Pressefreiheit“. Hierzulande wird derweil vor allem im Zeitungsbereich das Modell ‚Outsourcing‘ praktiziert. Ganze Redaktionen werden in neue Gesellschaften ohne Tarifbindung überführt. Monopoly im neuen Format zulasten eines unabhängigen Journalismus und

derjenigen, die ihn produzieren (sollten). Weblogs, diese mehr oder weniger professionellen Inseln im worldwideweb, so fürchtet Weischenberg, könnten „angesichts der Megafusionen auf den Medienmärkten zum letzten Hort der Meinungsvielfalt werden.“ „Heuschrecken“ grasen in beide Richtungen. Die Weiland von Müntefering, als er noch SPD-Vorsitzender war, ins Leben gerufene „Heuschrecken“-Debatte erlebte in Tutzing eine Renaissance. Ausgelöst hatte sie vor allem die Übernahme des Berliner Verlags durch den britischen Investor Montgomery. „Heuschrecken“ bei uns zu attackieren, während deutsche Unternehmen wie Bertelsmann, Springer, Burda oder die WAZ-Gruppe „seit Jahren jenseits der Grenzen dicke Gewinne einfahren“ (Weischenberg), diese Sichtweise verkenne, dass „Heuschrecken auf den Wegstrecken der Globalisierung in beiden Richtungen unterwegs sind“. Prof. Miriam Meckel (Universität St. Gallen), widmete weite Teile ihres Referats diesem Thema, allerdings ohne die Bedingungen für die Beschäftigten solch globaler Unternehmen, etwa Murdoch in Großbritannien, Irland Italien, Bulgarien und den USA oder auch deutscher Verlage, die nach dem Fall der Mauer das Terrain in Mittel- und Osteuropa sondierten, zu hinterfragen und wie es dort um die Pressefreiheit steht.

Die deutschen Regulationsinstanzen: ungeeignet für den globalen Wettbewerb? Von „Regulierungswut“, die vor allem der KEK angelastet wurde, war in Tutzing viel die Rede. Mitunter lag der Verdacht nahe, dass vor einer „übertriebenen“ Regulierung auch deshalb gewarnt wurde, um künftig Untersagungen, wie der gerade verfügten, wirksamer entgegenzutreten zu können. CSU-Generalsekretär Markus Söder nahm kein Blatt vor den Mund: „Die KEK blockiert den Medienstandort Deutschland. Brauchen wir die überhaupt noch?“

Meckel ging ausführlich auf das „chaotische Zusammenspiel der Regulationsinstanzen“ ein, das bewirkt habe, dass „die geplante Übernahme in einer Verfahrenssackgasse stecken bleiben musste“. Das deutsche Regulationsmodell könne im „internationalen Wettbewerbsgeschehen nicht mehr mithalten“. Die nach Tutzing geladenen Vertreter der Kontrollorgane, der Vizepräsident des Bundeskartellamtes, Peter Klockner, und der Leiter der KEK-Geschäftsstelle, Bernd Malzanini, sahen das anders. Mit der Untersagung des geplanten Machtzuwachses von Springer haben, so Malzanini, die Prüfkommisionen „nur das getan, wofür sie eingesetzt sind, nämlich Missbrauch von Meinungsmacht entgegenzuwirken.“ „Vorherrschender Meinungsmacht vorbeugend entgegenwirken!“

Das ist der staatsvertraglich gesicherte Auftrag der KEK. Um ihm im Fall Springer/ProSiebenSat.1 gerecht zu werden, hatte die sechsköpfige Kommission eine Reihe umfangreicher Berechnungen durchzuführen, da es hier eine crossmediale Verbindung von medienrelevanten verwandten Märkten zu untersuchen galt, die mit dem für den Rundfunkbereich festgelegten Zuschaueranteilsmodell, bei dem ab 25% „vorherrschende Meinungsmacht vermutet“ werden kann, allein nicht zu ermitteln gewesen sei. Kein „Hexeneinmaleins“, wie von der Kritik behauptet, sondern, so Malzanini, „gerichtlich überprüfbar“.

Auch der – in Tutzing vor allem von Meckel – heftig kritisierte Vorschlag, einen ‚Fernsehbeirat‘ zur Binnenkontrolle des fusionierten Unternehmens zu installieren, war keineswegs von der KEK, sondern von Springer selbst gekommen. Die KEK, so Malzanini, habe deshalb einen Entwurf vorlegen müssen, wohl wissend, dass er „nie akzeptiert würde“. Ob allerdings ein ‚Beirat‘ sogleich als späte Realisierung der 68er-Forderung ‚Enteignet Springer!‘, laut Meckel „schon aktienrechtlich unmöglich“, abgetan werden sollte? Die Übernahme von ProSiebenSat.1 durch Springer hätte, wie Klockner ausführte, nach dem Kartellrecht eindeutig „zu einer nicht genehmigungsfähigen Marktmacht geführt“ und zwar auf dem Fernsehwerbemarkt, auf dem Lesermarkt für Straßenverkaufszeitungen und auf dem bundesweiten Anzeigenmarkt. Das derzeitige im Fernsehbereich

marktbeherrschende Duopol von Bertelsmanns RTL-Group und der ProSiebenSat1.Media wäre mit dem Hinzutreten Springers durch Angleichung der markt- und unternehmensbezogenen Strukturmerkmale noch stärker geworden mit der Folge „wettbewerbsbeschränkenden Parallelverhaltens“. Was wäre gewesen, wenn die Untersagung nicht zustande gekommen wäre? Eine von Jens Hagen im Auftrag des NDR erstellte Untersuchung über die Medienberichterstattung in verschiedenen Tageszeitungen ließ ahnen, welche Art von Berichterstattung sich dann auch im Fernsehen hätte etablieren können. Just bis vor Bekanntgabe des Scheiterns der Fusion wird, folgt man BILD-Schlagzeilen, dem „Saustall ARD“ die Schleichwerbeaffäre vorgehalten (während der gleiche Vorgang in Sat.1 – allerdings mit Wissen der Unternehmensleitung – kaum ein Thema war), ihr unterstellt, „über Gebühr gierig“ zu sein und deshalb gefordert: „Jetzt müssen die Gebühren runter“. Erschwerend kommt dann noch hinzu: „Und die Bosse machen Urlaub!“ Kampagnen-Journalismus wie gehabt, wenn BILD bestimmte Sichtweisen seinen zwölf Millionen Leserinnen und Lesern nahe legen will. Dasselbe in den Sat.1- oder ProSieben-Nachrichten? „Aufklärender Journalismus“, so Martin Dieckmann von ver.di in der Abschlussdiskussion, ist „ohne innere Medienfreiheit, ohne Kontrolle ökonomischer Macht“ nicht gewährleistet. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Helmut Heinen, war da ganz anderer Meinung: „Das wäre die Abkoppelung von der wirtschaftlichen Verantwortung des Journalisten. Für uns ist der Markt das Wichtigste!“ Mit der ‚richtigen Balance‘ zwischen Begrenzung von Meinungsmacht und ökonomischen Interessen ist es also noch nicht so weit her. Aber die Schlossallee im Medien-Monopoly ist erst einmal wirksam gesperrt. Zum Glück!